

# Konvergierende Agenden

## FRAUEN, FRIEDEN, SICHERHEIT UND HANDFEUERWAFFEN

Im April 2013 wurde die Annahme des Arms Trade Treaty (Waffenhandelsübereinkommen) durch die UN-Generalversammlung auch von Frauenorganisationen gefeiert. Das Arms Trade Treaty wurde als Sieg für Frauen bejubelt; es verpflichtet Staaten, vor der Erteilung der Genehmigung von Handfeuerwaffentransfers ins Ausland das Risiko in Betracht zu ziehen, dass diese Waffen benutzt werden könnten, schwere geschlechtsspezifisch motivierte Gewalttaten auszuüben oder deren Ausübung Vorschub zu leisten, zum Beispiel im Rahmen häuslicher oder sexueller Gewalt. Tatsächlich gab es schließlich in den Jahren 2012/2013 in der internationalen Politik ein Zusammenfließen der politischen Bestrebungen zur Stärkung der Rechte der Frauen, für Frieden und Sicherheit sowie der Bestrebungen zur Eindämmung der Verbreitung von Handfeuerwaffen. Das ist weitgehend dem Engagement von Frauen und Frauenorganisationen zu verdanken, in Zusammenarbeit mit der breiteren Bewegung zivilgesellschaftlicher Organisationen für mehr Waffenkontrolle.

Dieses Kapitel:

- gibt einen Überblick über die Themen Frauen, Frieden und Sicherheit, einschließlich der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zu diesem Themenkomplex, über die Rollen von Frauen als Benutzer und Opfer von Handfeuerwaffen und als Personen, die Anreiz gegeben haben, diese Waffen zu benutzen – während und nach bewaffneten Konflikten;
- analysiert, wie die internationale Politik in Bezug auf Frauen, Frieden und Sicherheit das Handfeuerwaffen-Problem angegangen ist – oder nicht;
- untersucht, welche Berücksichtigung das Thema Handfeuerwaffen in nationalen Aktionsplänen zur Implementierung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates gefunden hat und wie die Forderungen zu den Themen Frauen, Frieden und Sicherheit bei den nationalen Aktionsplänen zur Eindämmung der Verbreitung von Handfeuerwaffen integriert worden sind; und
- skizziert, wie die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit in die jüngsten politischen Bestrebungen und Gesetzgebungen zur Problematik der Handfeuerwaffen Eingang gefunden hat, und wie die Handfeuerwaffen-Problematik dementsprechend bei den jüngsten Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zu Frauen, Frieden und Sicherheit berücksichtigt worden ist.

### Anerkennung und Ausgrenzung

Während und nach bewaffneten Konflikten sind Frauen und Mädchen oft direkt Opfer von mit Handfeuerwaffen begangenen Gewalttaten: im Rahmen häuslicher Gewalt, sexueller Gewalt (einschließlich solcher zur zwangsweisen Rekrutierung zu einer bewaffneten Gruppe), durch Körperverletzung und Mord. Die indirekten Folgen davon sind, dass verletzte Familienmitglieder versorgt werden müssen und dass Arbeit, Schule und Ausbildung sowie Krankenversorgung auf der Strecke bleiben. Bewaffnete Konflikte können aber auch zur Aufweichung traditioneller Geschlechterrollen beitragen. Während einige Frauen und Mädchen bereitwillig Waffen schmuggeln oder sich mit der Waffe in der Hand kämpfenden Gruppen anschließen, übernehmen andere Leitungsfunktionen an der

Spitze von lokalen, nationalen und internationalen Initiativen zur Waffenkontrolle.

Die Erklärung und Aktionsplattform von Peking aus dem Jahr 1995, die eine wesentliche politische Grundlage für die Gleichstellung der Frau liefert, stellt explizit eine Verbindung zwischen Waffenhandel und bewaffneter Gewalt her, und sie stellt dar, wie Frauen sowohl Opfer bewaffneter Gewalt sind als auch Akteure zur Durchsetzung von Waffenkontrolle und Entwaffnung. Dennoch, als im Jahr 2000 der UN-Sicherheitsrat die bahnbrechende Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit verabschiedete, wurde darin Abrüstung, Demobilisierung und Wiedereingliederung erwähnt, aber nicht ‚Handfeuerwaffen‘, der ‚Waffenhandel‘ und ‚Waffen‘. Und bis 2013 blieb es bei den nachfolgenden Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit ähnlich still in Bezug auf diese Themen.



Eine Frau posiert mit dem Sturmgewehr ihres Mannes in der Waffenwerkstatt, die dieser von ihrem Zuhause aus betreibt. Misrata, Libyen, Juni 2011. © George Henton/Flickr Vision/Getty Images

**Die kürzlich festgelegten Überwachungsrahmen auf Grundlage der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates  
enthalten konkrete Definitionen von Indikatoren in Bezug auf Handfeuerwaffen und Entwaffnung.**

Untersuchungen und Initiativen von zivilgesellschaftlichen Organisationen (Civil Society Organizations - CSO) haben aufgezeigt, wie wichtig die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates für die Politik und deren praktische Umsetzung in Bezug auf Handfeuerwaffen ist. Zivilgesellschaftliche Organisationen, UN-Vertretungen und der UN-Generalsekretär sowie das UN-Gremium, das die Implementierung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung von Frauen überwacht, haben dafür gesorgt, dass die Mandate aus der Resolution des UN-Sicherheitsrates zu Frauen, Frieden und Sicherheit mit den Bestrebungen zur Eindämmung der Verbreitung von Handfeuerwaffen miteinander verknüpft wurden, insbesondere in Bezug auf:

- den Schutz der Zivilbevölkerung auch gegen sexuelle Gewalt,
- die Teilhabe von Frauen,
- die Unterstützung lokaler Initiativen von Frauen für Frieden und Konfliktlösungen, und
- Abrüstung, Demobilisierung und Wiedereingliederung.

### **Implementierung auf nationaler Ebene**

Auf nationaler Ebene ist der Fortschritt bei der Harmonisierung der Politik in Bezug auf Handfeuerwaffenkontrolle und für Frauen, Frieden und Sicherheit als begrenzt zu erachten. Ein Viertel der 43 nationalen Aktionspläne zur Umsetzung der Resolution 1325, die vor dem Ende des Jahres 2013 verabschiedet wurden, beziehen sich auf Handfeuerwaffen; jedoch findet durch sie kaum eine Operationalisierung der Verknüpfung dieser beiden Politikagenden statt, indem die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen daraus abgeleitet wird. Auch bezieht sich keiner der nationalen Aktionspläne zur Umsetzung der Resolution 1325 auf die Notwendigkeit zur Waffenkontrolle selber in dem Sinne, dass diese geschlechtsspezifische Unterschiede zu berücksichtigen habe, zum Beispiel durch Bestimmungen, welche die Gefahr mindern, dass bei häuslicher Gewalt Handfeuerwaffen zum Einsatz kommen oder mit ihnen gedroht wird.

Die nationalen Aktionspläne zur Umsetzung der Resolution 1325 im Senegal und auf den Philippinen enthalten die detailliertesten Bestimmungen zu Handfeuerwaffen. Im Senegal scheinen Schusswaffenbestimmungen dazu beigetragen zu haben, häusliche Gewalt einzudämmen. Auf den Philippinen zeigt die Ausarbeitung neuer Schusswaffengesetze, dass es des nachhaltigen Engagements zivilgesellschaftlicher Organisationen bedarf, damit bei den Agenden zu Handfeuerwaffen das Anliegen von Frauen nicht aus dem Blickfeld gerät.

In nationalen Aktionsplänen zu Handfeuerwaffenkontrolle finden Frauen nur gelegentlich Erwähnung – zum Beispiel, indem auf ihre wichtige Rolle im Erziehungswesen der Gesellschaft verwiesen wird. Doch werden daraus selten erforderliche konkrete Maßnahmen abgeleitet. In einigen Ländern ist dem Problem häuslicher Gewalt jedoch dadurch Priorität eingeräumt worden, dass Regelungen zur Lizenzierung von Handfeuerwaffen in Privatbesitz und andere Vorschriften eingeführt wurden – mit einigem Erfolg.

### **Internationale Politikhandlungsrahmen miteinander verknüpfen**

Auf internationaler Ebene begann die normative Konvergenz zwischen Politikbestrebungen für Frauen, Frieden und Sicherheit und den Waffenkontroll-Agenden im Jahr 2012, als das Ergebnis der Review Conference für das UN Programme of Action sich auf die Teilhabe und das Zum-Opfer-Werden von Frauen bezog. Der Text des Arms Trade Treaty, der im nachfolgenden Jahr verabschiedet wurde, fordert die Durchführung einer Risikoeinschätzung geschlechtsbasierter Gewalt, bevor Waffen exportiert werden dürfen. Die Resolution des UN-Sicherheitsrates vom September 2013 betont die Teilnahme von Frauen bei der Bekämpfung von illegalen Transfers und Missbrauch.

Parallel dazu finden die Bestimmungen des Arms Trade Treaty nochmals Bestätigung in den zwei Resolutionen zu Frauen, Frieden und Sicherheit von 2013; die zweite von diesen, die Resolution 2122 des UN-Sicherheitsrates, enthält einen bahnbrechenden rechtswirksamen Paragraphen, der die volle Teilnahme von Frauen beim Ausmerzen illegaler Transfers von Handfeuerwaffen und deren Missbrauch erzwingt. Die allgemeinen Empfehlungen des Gremiums des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung von Frauen, die 2013 in Bezug auf die Rolle von Frauen bei der Prävention von Konflikten, bei Konflikten und in Zeiten nach Konflikten veröffentlicht wurden, fordern Waffenkontrollbestimmungen, um geschlechtsbasierter Gewalt vorzubeugen.

**Internationale gesetzliche Verpflichtungen zur Vorbeugung gegen Gewalt gegen Frauen  
sind übertragbar auf Bestimmungen zur Handfeuerwaffenkontrolle.**

Das alles ist Stückwerk, dennoch sind es wichtige Errungenschaften. Regionale und internationale Strategien auf Grundlage der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates zu Handfeuerwaffen haben das Potential, stärker und wirkungsvoller zu sein, wenn dieser Politikkonvergenz auf konkrete Weise mehr Ausdruck verliehen wird, zum Beispiel indem der Fokus darauf gelegt wird, Gefahren durch häusliche Gewalt abzuwenden, Waffen aus Gemeinwesen zu entfernen und sich mit zivilgesellschaftlichen Organisationen von Frauen zu beraten. Die Netzwerke und Organisationen von Frauen sind Partner gewesen bei der Ausarbeitung von politischen und legislativen Initiativen sowie bei Bestrebungen zur Eindämmung der Verbreitung von Handfeuerwaffen und bei der Wahrnehmung von Erziehungsaufgaben, und sie können auch weiterhin Partner dabei sein. Sie werden zweifellos eine Schlüsselrolle spielen, wenn es um die Überwachung erforderlicher konkreter Maßnahmen geht und darum, ob Verantwortlichkeiten ernsthaft wahrgenommen werden. ■